



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 836 890

2/XVI/175 - 5. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Schlechte oder falsche Informationen!</u> Chruschtschow wird dauernd von seinen Informanten belogen	39
2 - 4	<u>Steuern bei uns und bei den anderen</u> Internationaler Steuerbelastungs-Vergleich notwendig Von Dr. Alex Müller	140
5	<u>"Eigenheimbau - eine gesellschaftspolitische Aufgabe"</u> Voraussetzung: Senkung der Bodenpreis-Spekulation!	40
6 - 7	<u>Putsch in Frankreich mit Vorankündigung?</u> Keine Sommerferien für die Fünfte Republik Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	36

* * *

Schlechte oder falsche Informationen!

Chruschtschow wird dauernd von seinen Informanten belogen

sp - Die letzte Sowjetnote zum Deutschlandproblem enthält, trotz ihres diesmal etwas sachlicheren Tones, im Kern die Wiederholungen früherer sowjetischer Noten. Daraus ist zu schließen, dass Chruschtschow von seinen offiziellen und offiziellen Informanten über die wahre Stimmung in den USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und speziell in Berlin dauernd falsch unterrichtet, wenn nicht gar belogen wird.

Die stereotype und nun schon seit fast drei Jahren aufgestellte Behauptung, Westberlin und die Bundesrepublik seien ein "Kriegsherd", an deren Spitze "aggressionslüsterne Politiker und Generale" stünden, war damals ohne Zweifel in die Welt gesetzt worden, um Berlin zu isolieren und die Bundesrepublik von ihren Freunden zu trennen. Offenbar hatte Chruschtschow Informationen, die ihn annehmen liessen, eine solche Taktik würde eines Tages Früchte tragen.

Inzwischen ist das Gegenteil geschehen. Der Westen war sich noch nie so einig wie jetzt in seinem festen Vorsatz, die Freiheit Berlins gegen jeden Gewaltstreich des Ostens zu verteidigen; die Integration der Bundesrepublik in das Gefüge der freien Welt war noch nie so eindeutig wie in diesen Tagen.

Ausserdem: Wenn Chruschtschow geglaubt hatte, durch seine Haltung das Ulbricht-Regime zu stabilisieren, ist er ebenfalls einer grandiosen Täuschung zum Opfer gefallen. Der Strom der Flüchtlinge aus der Zone, von Tag zu Tag anschwellend, ist - wenn man alle Nebenerscheinungen abstreicht - Ausdruck einer wachsenden Furcht der Zonenbevölkerung, eines Tages ganz vom freien Teil Deutschlands abgeschnitten zu werden.

Dem Westen bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als bei aller Betonung zur Verhandlungsbereitschaft und damit zur friedlichen Lösung der strittigen Fragen die Festigkeit in der Abwehr möglicher Gewaltakte des Ostens vor der gesamten Weltöffentlichkeit immer wieder zum Ausdruck zu bringen. Der Westen ist sich im eigenen Interesse, aber auch im Interesse des Ostens, diese Haltung schuldig, weil sie wahrscheinlich das einzige Mittel ist, Chruschtschow im Laufe der Zeit davon zu überzeugen, dass er aufgrund der ihm zugeleiteten falscher Informationen die Weltlage falsch einschätzt. Auf der Grundlage falscher Informationen sind schon oft politische und militärische Kurzschlüsse entstanden ...

Steuern bei uns und bei den anderen

Von Dr. Alex Möller

Das über alle Vorausschätzungen angestiegene Steueraufkommen in Bund und Ländern läßt immer wieder die Forderung nach einer Ermäßigung der Steuerbelastung laut werden. Es ist auch keine Rede mehr davon, daß der Bundesfinanzminister - wie er es sich vorgenommen hatte - "am Rande des Defizits" sicherwandert. Im Gegenteil, er sieht sich von einer für ihn erfreulichen, aber den Staatsbürger beängstigenden Geldfülle umgeben. Bei dieser Situation, auf die man in der Öffentlichkeit wachsend aufmerksam wird, fragt sich der Steuerzahler, ob nicht eine Ermäßigung der Steuerbelastung das richtige Mittel wäre, private und öffentliche Haushalte in seinem Sinne neu einzupendeln. Es drängt sich auch die Überlegung auf, ob die im Steueränderungsgesetz 1961 vorgesehenen größeren und kleineren Vergünstigungen geeignet sind, dem Steuerzahler die erwünschte nachhaltige Entlastung zu bringen, ob sie nicht eher zu einer weiteren Komplizierung des kaum noch überschaubaren Steuerrechts führen, und ob nicht stattdessen eine grundlegende Reform der Tarife notwendiger und zweckmäßiger gewesen wäre.

In einer solchen Situation ist man geneigt, einen Blick über die Grenzen zu werfen, um festzustellen, wie hoch die Steuerbelastung der Bürger in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern ist. In ähnlicher Lage mag sich gerade jetzt der Steuerzahler in England befinden, denn der britische Schatzkanzler hat drastische Reformen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz und zur Stützung des Pfundes verkündet. Die wichtigsten finanzpolitischen Maßnahmen in dieser Richtung sind einerseits die allgemeine Erhöhung der indirekten Steuern, wodurch etwa 210 Millionen Pfund jährlich zusätzlich aufgebracht werden, und andererseits klar herausgestellte Einsparungen im Haushalt des kommenden Finanzjahres. Der britische Steuerzahler wird also nicht so sehr aus fiskalischer wie aus wirtschaftspolitischer Notwendigkeit stärker belastet werden. Er wird sicher annehmen, einer der am stärksten mit Steuern belasteten Bürger zu sein. Dieses Gefühl ist typisch, denn beim steuerlichen Belastungsvergleich verschiedener Länder findet man häufig, daß jede Volkswirtschaft für sich in Anspruch nimmt, am stärksten besteuert zu sein. Wiederholt sind Berechnungen angestellt worden, die das Ergebnis hatten, die Steuerbelastung etwa in Großbritannien und Frankreich, selbst in den Vereinigten Staaten sei höher als in der Bundesrepublik, sie wäre also geeignet, die heutigen Gefühle des britischen Steuerzahlers zu bestärken. Diese Behauptung ist aber mit der Anwendung verbesserter Vergleichsmethoden und der Berücksichtigung der Subventionen widerlegt worden.

Das absolute Steueraufkommen eines Landes besagt noch nichts Entscheidendes. Die wirkliche Belastung läßt sich für den Einzelnen stets nur im Verhältnis zum Einkommen ermitteln, für die Volkswirtschaft als Ganzes entweder im Verhältnis zum Brutto-Sozialprodukt oder zum Volkseinkommen. Darunter verstehen wir die Summe der Entgelte, die im Zuge des Wirtschaftsprozesses in Form von Löhnen, Gehältern, Zinsen und Gewinnen für die Faktoren Arbeit, Kapital und Unternehmerleistung an die Wertschöpfungsbereiche fließen. Unter Brutto-Sozialprodukt ist das Volkseinkommen zuzüglich der Abschreibungen und der indirekten Steuern zu verstehen. Da das Brutto-Sozialprodukt naturgemäß höher ist als das Volkseinkommen, ist der Anteil der Steuern, bezogen auf das Volkseinkommen, auch stets höher. Ergibt sich nun bei einem Belastungsvergleich verschiedener Länder, daß bei Bezugnahme auf das Brutto-Sozialprodukt der Unterschied der Steuerlast wesentlich geringer ist als bei Bezugnahme auf das Volkseinkommen, so muß dies seinen Grund vor allem in einer Mehrbelastung aus indirekten Steuern haben.

Es genügt aber für einen steuerlichen Belastungsvergleich noch nicht, die Abgaben ins Verhältnis zum Volkseinkommen oder zum Sozialprodukt zu setzen. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass jeder Staat sein eigenes Steuersystem hat und die Bemessungsgrundlagen auch gleichnamiger Steuern infolge unterschiedlicher Methoden der Zurechnungen, Abzüge und Vergünstigungen verschieden sind, was den Aussagewert eines Vergleichs schon in Frage stellen kann. Da verschiedene Währungen miteinander zu vergleichen sind, muss darüber hinaus infolge verschiedener Kaufkraftparitäten eine brauchbare Vergleichsbasis gefunden werden. Es reicht also nicht aus, die Wechselkurse, die sich letztlich aus der Zahlungsbilanz und damit aus der Nachfragesituation zur Währung eines anderen Landes ergeben, zugrunde zu legen. Hier entscheidet vielmehr die Kaufkraft, die dem vergleichbaren Einkommen nach der Besteuerung verbleibt.

Diese Schwierigkeiten erklären, weshalb bisher umfassende Steuerbelastungsvergleiche selten in Angriff genommen wurden und auch für die Zukunft kaum zu erwarten sind. Eine fundierte Übersicht setzt zunächst die genaueste Kenntnis der Ausgestaltung und Maßstäbe jedes einzelnen zum Vergleich herangezogenen Besteuerungssystems voraus. Wohl liegen bereits einige vergleichende Darstellungen vor; sie sind allerdings älteren Datums und haben den Mangel, dass sie nur eine sehr begrenzte Zahl von Ländern miteinander vergleichen. Das, was bisher fehlt, ist ein internationaler Steuerbelastungsvergleich auf breiter Basis. Sich hierum zu bemühen, stünde dem Bundesfinanzministerium gut an, vor allem im Hinblick auf die wiederholt erhobene Forderung auf eine umfassende Neuordnung der Steuerverteilung und der Finanzverfassung.

Eine der brauchbarsten Arbeiten auf diesem Gebiet und aus jüngster Zeit findet sich in "National Institute Economic Review Nr. 14/1961". Sie vergleicht die Steuerlast einschliesslich der Sozialabgaben Englands mit denen 20 anderer Länder. Die Besteuerung und Sozialabgaben im Verhältnis zum Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen beträgt danach in Prozenten:

in der Bundesrepublik	34
in Österreich	35
in Finnland	32
in Norwegen	32
in Frankreich	32
in Schweden	31
in Luxemburg	30
in England	29
in den Niederlanden	28
in Italien	28

in den USA	26
in Dänemark	24
in Kanada	23
in Irland	23
in Belgien	23
in Australien	22
in Japan	20
in Griechenland	18
in Portugal	18
in Spanien	16.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, sich noch einmal anzuschauen, wie es zu dieser Belastungsquote gekommen ist.

Im Jahre 1913 beanspruchten die Steuern rund 12% des deutschen Brutto-Sozialprodukts, 1929 etwa 21%, 1938 schon über 28% und 1959 nahezu 32%. Im Jahre 1961 werden die gesamten Abgaben einschließlich der Sozialbeiträge in der Bundesrepublik annähernd 106 Milliarden DM erreichen. Gemessen am Sozialprodukt, das für dieses Jahr auf rund 320 Milliarden DM geschätzt wird, halten wir nach wie vor die Spitze. Das entspricht einer Belastungsquote von über 33%, liegt also in der Größenordnung der englischen Berechnung.

Diesen Anstieg der Belastung sieht und fühlt der Bürger, und gerade die steuerliche Inanspruchnahme steht darum auch vordergründig in seinem Interesse. Freilich erkennt er die Notwendigkeit der Finanzierung der Staatsaufgaben durch Steuern an, dagegen bestehen über Höhe und Art der Besteuerung gegensätzliche Auffassungen. Vor allen Dingen will der Steuerzahler das Gefühl haben, daß "alles mit rechten Dingen zugeht". Um ihm dieses Gefühl zu verschaffen, ist einmal ein gerechter Einsatz der Mittel erforderlich, und zum anderen muß mit ihm die optimale Wirkung erzielt werden. Es kommt entscheidend darauf an, wieviel oder wie wenig mit der gegebenen Steuer Masse für Bürger und Staat erreicht wird. Die Steuerverteilung wird damit zum Kernproblem der staatlichen Finanzierungs politik und zu einem politischen Problem ersten Ranges.

Im Bundeshaushalt werden rund 85% der Haushaltsmittel durch feste Verpflichtungen in Anspruch genommen, wobei man auch die Frage untersuchen könnte, ob die Festlegung in diesem Umfange unbedingt notwendig gewesen ist.

Dennoch verbleibt für eine verantwortungsbewußte sozialdemokratische Bundesregierung eine ausreichende finanzpolitische Manövriermasse, die unter Berücksichtigung der Prinzipien steuerlicher Gerechtigkeit und mit optimalem Erfolg verwendet werden kann. Bei diesem Bestreben wäre der internationale Steuerbelastungsvergleich ein wertvolles Hilfsmittel, da er uns die Möglichkeit eröffnet, Schlüsse auch auf internationaler Ebene unter Berücksichtigung aller Erfahrungen und Erkenntnisse zu ziehen. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich jedenfalls dieses Mittels bedienen.

"Eigenheimbau - eine gesellschaftspolitische Aufgabe"

sp - Dies erklärt die SPD in einer grundsätzlichen Stellungnahme, die sie vor den Bundestagswahlen der grossen Zeitung der öffentlichen Bausparkassen in Deutschland, dem "Bausparkurier" abgegeben hat. Sie sagt dabei entgegen der so oft gegen sie geltend gemachten Behauptung, sie wäre gegen den Eigenheimbau, sehr klar:

"Die SPD hält den Eigenheimbau für einen besonders wichtigen und wertvollen Teil ihrer weitgespannten gesellschaftspolitischen Aufgabe, Eigentum in möglichst breiter Streuung zu bilden".

Die Sozialdemokratie macht aber gleichzeitig warnend darauf aufmerksam, dass für dieses Ziel eine Reihe von Voraussetzungen erforderlich sind, die in ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik verankert sind:

"Die Erhaltung der Geldwertstabilität, eine sinnvolle Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, die Verhinderung von Preissteigerungen und die Sicherung des Lebensstandards sind aber dafür notwendige Voraussetzungen!"

Die SPD fordert dabei eine Reihe von Massnahmen, die sie bei Übernahme der Regierung verwirklichen wird: der Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gegen zumutbare Raten, verbindliche Festlegung der Lastenbeihilfen, weitere Steuervergünstigung, vermehrte öffentliche Bürgschaften, wesentliche Vereinfachung der Wohnungshauprämien und aller sonstigen Verfahren in der öffentlichen Förderung, um den Bau von Eigenheimen gerade auch für die Hunderttausende von wartenden Bausparern zu erleichtern. Dem Grundübel und dem grössten Gegner des Eigenheimbaus in heutiger Zeit, der Bodenspekulation und der fortgesetzten Steigerung der Bodenpreise, wird die SPD schnellstens mit "wirksamen Massnahmen" begegnen:

"... u.a. sind Gewinne aus der Bodenspekulation durch eine Erfassung des Wertzuwachses unmöglich zu machen. Bund und Länder haben alle für den Wohnungs- und Eigenheimbau geeigneten Grundstücke schnell und unkompliziert Bauinteressenten oder Gemeinden unter Einschaltung von Sicherungen gegen spekulative Auswüchse zur Verfügung zu stellen ...

Dazu muss den Gemeinden ermöglicht werden, in grösserem Umfange "neue Baugebiete zu erschliessen", wozu jedoch erst eine sinnvolle Finanzreform gehört. Zu der fortgesetzten Steigerung der Baupreise, die bekanntlich auch die Millionen Bausparer teunruhigt und mit grossen Sorgen erfüllt, erklärt die SPD, dass diesen Preissteigerungen "durch gesamtwirtschaftlich orientierte konjunkturpolitische Massnahmen Einhalt zu gebieten ist".

5. August 1961

Putsch in Frankreich mit Vorankündigung?

Keine Sommerferien für die Fünfte Republik
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer.

Seit einigen Wochen verdichten sich in Frankreich wieder die Gerüchte von einem neuen Putsch-Versuch der Rechteradikalen in Verbindung mit bestimmten Kreisen der Armee und gestützt auf die laute Unzufriedenheit in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung. Anfragen bei zuständigen Stellen werden **n i c h t** mit Dementis beantwortet.

Während im Pariser Justizpalast die Prozesse gegen die Teilnehmer des April-Putsches dahinplätschern und jetzt im allgemeinen nur noch mit Freisprüchen und bedingten Verurteilungen enden, sind die bekannten Anführer, die in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurden, immer noch auf freiem Fuß. Mehr noch, es scheint, dass sie da und dort gesehen werden, wenn sie auf ihren Reisen in Frankreich oder ins Ausland den nächsten Staatsstreich vorbereiten. Die geheime Literatur der OAF lässt jedenfalls keinen Zweifel darüber, dass der Sturz des politischen Regimes unmittelbar bevorsteht. Man darf zwar die Festlegung bestimmter Daten für den 15. August oder die letzte Augustwoche wohl mit einiger Skepsis zur Kenntnis nehmen, nicht aber die Stimmung und die allgemeinen Zustände, die solchen Narvenkrieg möglich machen.

Die Ursachen der inneren Spannung

Der Abbruch der französisch-algerischen Verhandlungen in Evian und die Schlacht um Biserta sind Ereignisse, die nicht auf der Linie der liberalen Entkolonialisierungspolitik de Gaulles liegen. Man könnte meinen, die rechtsradikalen Ultras hätten mit Genugtuung festgestellt, dass die Friedensbemühungen in Nordafrika torpediert werden und somit eine Rechtsopposition gegen das politische Regime bremsen.

Dies ist durchaus nicht der Fall. Die Rechtsradikalen wittern einerseits Morgenluft und fürchten andererseits, dass de Gaulle unter dem Druck der Ereignisse sowohl in Algerien als auch in Tunesien nachgeben könnte. Selbst der rechtsbürgerliche "Aurore" protestiert schärfstens gegen eine Andeutung des Algerienministers Joxe, die französische Souve-

5. August 1961

ränität über die Sahara sei nicht wesentlich. In diesen Kreisen wirkt es alarmierend, dass Frankreich das Erdöl gemeinsam mit einer algerischen Republik ausbeuten und somit dem Algerienkrieg ein Ende setzen könnte.

Auch die Entwicklung der Tunesienkrise peitscht hier nationalistiche Leidenschaften auf. Die UNO hat noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, und man erinnert sich daran, dass die Intervention einer anglo-amerikanischen Vermittlungskommission nach der Bombardierung des tunesischen Dorfes Sakniet der Auftakt zum Sturz der 4. Republik war. Die 5. Republik ist ähnlichen Gefahren ausgesetzt.

Unruhe wird mit allen Mitteln geschürt

Die Putschisten wollen diesmal anders vorgehen als im Mai 1958, Januar 1960 und im April 1961. Der Staatsstreich soll diesmal in der französischen Hauptstadt erfolgen. Man will sich auf den Bauernaufstand stützen, der jetzt wieder angefacht wird. Nicht Militärs, sondern bekannte rechtsbürgerliche Politiker sollen an die Macht getragen werden. Man würde auch nicht vor einer gewissen linken Demagogie zurückschrecken und die Operation beispielsweise als "Wiederherstellung der demokratischen Republik" präsentieren.

Die linksgerichteten Organisationen stehen trotz der Urlaubszeit auf der Wacht. Auch die führenden gaullistischen und links-gaullistischen Kreise, aufgeschreckt durch die fast ununterbrochene Kette von Bombenattentaten, treffen Massnahmen. Das Regime müsste schon sehr krank sein, wenn es den rechtsradikalen Untergrundtruppen gelänge, an einem vorher verkündeten Datum loszuschlagen. Es ist aber doch bezeichnend, wie sehr sich die Putschisten in diesem Sommer 1961 mit ihrer Propaganda und ihren offenen Vorbereitungen wieder hervorwagen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel